Grundstudium ZR

Prof. Dr. Klaus Schreiber

Das Pfändungspfandrecht nach der ZPO

DOI 10.1515/jura-2014-0081

Durch die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen des Zwangsvollstreckungsschuldners erwirbt der Zwangsvollstreckungsgläubiger ein Pfändungspfandrecht. Der vorliegende Beitrag befasst sich zunächst mit der gesetzlichen Regelung des Pfändungspfandrechts (I). Sodann wird auf dessen Rechtsnatur eingegangen (II), bevor die Voraussetzungen erörtert werden (III). Abschließend folgt eine Darstellung der Wirkungen (IV) sowie der Erlöschenstatbestände (V) des Pfändungspfandrechts.

I. Gesetzliche Grundlage in § 804 ZPO

1. Regelungsgehalt

§ 804 Abs. 1 ZPO enthält unter der Überschrift »Pfändungspfandrecht« die Regelung, wonach der Zwangsvollstreckungsgläubiger durch eine Pfändung ein Pfandrecht an dem gepfändeten Gegenstand erwirbt. Das Pfandrecht kann an beweglichen Sachen (§§ 808 ff. ZPO), Forderungen und anderen Vermögensrechten (§§ 828 ff. ZPO) entstehen. Das folgt aus der Stellung des § 804 ZPO im allgemeinen Teil zur Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen.

2. Bedeutung des Pfändungspfandrechts

In § 804 Abs. 2 ZPO werden dem Pfandrecht dieselben Wirkungen zugesprochen wie einem vertraglichen Faustpfandrecht i.S.d. §§ 1204 ff. BGB. Bei dem Pfändungspfandrecht nach der ZPO handelt es sich gleichwohl um ein Pfandrecht eigener Art. Es entsteht durch den hoheitlichen Akt der Pfändung und hat nur in gewissem Umfang Wirkungen wie ein vertraglich begründetes Pfandrecht.

Klaus Schreiber: Der Autor ist Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Zivilprozessrecht und Arbeitsrecht an der Ruhr-Universität Bochum und Mitherausgeber dieser Zeitschrift.

Letztlich stellt es die Grundlage dar, aufgrund derer sich der Gläubiger aus dem Pfandgegenstand befriedigen darf¹.

3. Abgrenzung zu Pfändung und Verstrickung

Beispiel 1: G1 lässt eine Forderung des Schuldners S gegen den Drittschuldner D pfänden. S tritt daraufhin die Forderung an V ab. G2 betreibt ebenfalls die Zwangsvollstreckung gegen S und lässt die angebliche Forderung des S für sich pfänden. – Sind die Abtretung der Forderung an V und die zweite Pfändung durch G2 wirksam?

Das Pfändungspfandrecht ist begrifflich von dem Akt der Pfändung und der daraus folgenden Verstrickung zu unterscheiden. Die Pfändung ist ein besonderer hoheitlicher Akt der Staatsgewalt, der einen Gegenstand des Schuldners zum Zwecke der Befriedigung des Gläubigers sicherstellt². Bewegliche Sachen werden vom Gerichtsvollzieher (§ 753 Abs. 1 ZPO) durch Inbesitznahme (§ 808 Abs. 1 ZPO) und durch Wegschaffen des Gegenstands oder Kenntlichmachen mit einem Pfandsiegel, dem sog. »Kuckuck« (§ 808 Abs. 2 ZPO), gepfändet³. Vollstreckt der Gläubiger in eine Geldforderung des Schuldners gegen dessen Schuldner (sog. Drittschuldner), erfolgt die Pfändung durch Beschluss des Vollstreckungsgerichts (§§ 828 Abs. 1, 829 ZPO). Eine wirksame⁴ Pfändung ist Voraussetzung sowohl für das Pfändungspfandrecht als auch für die Verstrickung. Die Verstrickung entsteht neben dem Pfändungspfandrecht und ist eine Form der staatlichen Beschlagnahme⁵. Durch sie wird das gepfändete Vermögen der Verfügungsmacht

¹ So zumindest nach der vorherrschenden gemischt öffentlich-rechtlich-privatrechtlichen Theorie (dazu unten II).

² MünchKomm-ZPO/Gruber, Band 2, 4. Aufl. 2012, § 803 ZPO Rdn. 30; Gaul/Schilken/Becker-Eberhard, Zwangsvollstreckungsrecht, 12. Aufl. 2010, § 50 Rdn. 3.

³ Brox/Walker, Zwangsvollstreckungsrecht, 10. Aufl. 2014, Rdn. 332f; Lackmann, Zwangsvollstreckungsrecht, 10. Aufl. 2013, Rdn. 157. – Im Jargon »Kuckuck«, weil das Pfandsiegel früher den Reichsadler abbildete.

⁴ Dazu unten III.

⁵ Brox/Walker, Rdn. 361.

des Schuldners entzogen und für die Verwertung zu Gunsten des Gläubigers bereitgestellt⁶.

Folge der Verstrickung einer *beweglichen* Sache ist ein relatives behördliches Verfügungsverbot für den Schuldner i.S.d. §§ 136, 135 BGB⁷. Der Schuldner bleibt zwar Eigentümer der gepfändeten Sache, kann aber nicht – dem Gläubiger gegenüber – wirksam darüber verfügen. Allerdings kann ein gutgläubiger Dritter den gepfändeten Gegenstand gem. § 135 Abs. 2 i.V.m. §§ 932, 936 BGB lastenfrei erwerben. In dem Fall erlischt auch das Pfändungspfandrecht⁸.

Bei der *Forderungspfändung* ergibt sich das Verfügungsverbot aus § 829 Abs. 1 S. 2 ZPO, wonach das Gericht mit Erlass des Pfändungsbeschlusses das sog. Inhibitorium als gerichtliches Verfügungsverbot i.S.d. §§ 136, 135 BGB ausspricht⁹. Danach darf der Schuldner die gepfändete Forderung insbesondere nicht abtreten, sie erlassen, einziehen oder mit ihr aufrechnen¹⁰. Ein gutgläubiger lastenfreier Erwerb der Forderung kommt – anders als bei der Sachpfändung – nicht in Betracht¹¹. Denn bei Forderungen gibt es im Gegensatz zum Besitz bei beweglichen Sachen keinen Rechtsscheintatbestand, an den angeknüpft werden könnte.

Im Beispiel 1 war die Pfändung des G1 wirksam. Durch die Verstrickung entstand ein relatives Verfügungsverbot für S. Daher ist die Abtretung gegenüber G1 nach §§ 136, 135 Abs. 1 BGB relativ unwirksam. G1 kann die Forderung einziehen, obwohl sie nunmehr dem V zusteht. Im Verhältnis zu G2 hingegen ist die Abtretung des S wirksam, sodass die Pfändung für G2 ins Leere geht. Er kann sich nicht aus der Forderung befriedigen.

II. Rechtsnatur des Pfändungspfandrechts

Die Rechtsnatur des Pfändungspfandrechts ist lebhaft umstritten. Das liegt an der gesetzlichen Regelung in § 804

Abs. 1, 2 ZPO: Danach entsteht das Pfandrecht durch die Pfändung, also durch Hoheitsakt. Gleichzeitig entfaltet es jedoch zu Gunsten des Zwangsvollstreckungsgläubiger Wirkungen wie ein privatrechtliches, durch Vertrag begründetes Pfandrecht. Das macht es möglich, das Pfändungspfandrecht entweder als öffentlichrechtlich oder als privatrechtlich oder gar als Gemisch aus beiden Rechtsformen einzuordnen.

1. Privatrechtliche Theorie

Bei Erlass der ZPO wurde der Gerichtsvollzieher als privatrechtlich bestellter Vertreter für den Gläubiger tätig. Daher bedurfte es einer Regelung, die dem Gläubiger das Recht verlieh, den gepfändeten Gegenstand zu verwerten und sich daraus zu befriedigen. Aus dem Grund wurde das Pfändungspfandrecht mit der mittlerweile obsoleten privatrechtlichen Theorie als eine dritte Art von privatrechtlichem Pfandrecht eingestuft¹².

Die Voraussetzungen für das Entstehen des Pfändungspfandrechts waren danach die gleichen wie die nach den §§ 1204 ff. BGB: Der Schuldner musste Eigentümer der gepfändeten Sache sein. Ferner war wegen der Akzessorietät des vertraglichen Pfandrechts erforderlich, dass die Forderung, aufgrund derer gepfändet wurde, bestand¹³. Der einzige Unterschied zu den vertraglichen Pfandrechten des BGB lag in der Entstehung: Das Pfändungspfandrecht wurde nicht vertraglich bestellt, sondern durch die Pfändung begründet.

2. Öffentlichrechtliche Theorie

Mittlerweile wird der Gerichtsvollzieher nicht mehr als privatrechtlicher Vertreter des Gläubigers angesehen. Er handelt vielmehr hoheitlich in Ausübung seines Amts (Amtstheorie)¹⁴. Dabei macht er von seinen ihm in den öffentlichrechtlichen Vorschriften der §§ 753–755, 808 f. ZPO eingeräumten Befugnissen Gebrauch.

Das nehmen die Vertreter der öffentlichrechtlichen Theorie¹⁵ als Grund dafür, das durch den Hoheitsakt begründete Pfändungspfandrecht als öffentlichrechtlich zu

⁶ Baur/Stürner/Bruns, Zwangsvollstreckungsrecht, 13. Aufl. 2006, Rdn. 27.1.

⁷ Musielak/Becker, ZPO, 10. Aufl. 2013, § 803 ZPO Rdn. 9 a; zum Verhältnis von Verstrickung und Verfügungsverbot Gaul/Schilken/Becker-Eberhard, § 50 Rdn. 16 ff.

⁸ Musielak/Becker, § 804 ZPO Rdn. 12; Gaul/Schilken/Becker-Eberhard, § 50 Rdn. 79.

⁹ OLG München NJW 1978, 1438, 1439; Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, Zivilprozessordnung, 71. Aufl. 2013, § 829 ZPO Rdn. 42.

¹⁰ Gaul/Schilken/Becker-Eberhard, § 55 Rdn. 11.

¹¹ Brox/Walker, Rdn. 618; Gaul/Schilken/Becker-Eberhard, § 55 Rdn. 11.

¹² RGZ 60, 70, 73; Goldschmidt, Zivilprozeßrecht, Band 2, 1932, § 94 I 1 a.

¹³ RGZ 60, 70, 73; Goldschmidt, § 94 I 1 a.

¹⁴ BGH NJW 2009, 1085, 1086; 1985, 1711, 1714; Musielak/Lackmann, § 753 ZPO Rdn. 3.

¹⁵ OLG Oldenburg OLGZ 1992, 488; Lüke, JZ 1955, 484; Hk-ZPO/Kemper, 5. Aufl. 2012, § 804 Rdn. 3; Stein/Jonas/Münzberg, ZPO,

klassifizieren. Da es durch öffentlichrechtlichen Akt entstehe, sollen auch nur die Regelungen zur Wirksamkeit hoheitlicher Maßnahmen gelten. Danach müsse allein die Pfändung als Akt der staatlichen Gewalt wirksam erfolgen. Weitere Voraussetzungen, die sich aus dem Verhältnis des Gläubigers zum Schuldner ergeben könnten, bestünden nicht. So sei – anders als für das Pfandrecht nach den §§ 1204 ff. BGB – irrelevant, ob der gepfändete Gegenstand im Eigentum des Schuldners stehe oder die zu vollstreckende Forderung tatsächlich existiere.

Das öffentlichrechtliche Pfändungspfandrecht gewährt nach dieser Theorie ein rein prozessuales Recht auf Verwertung des Gegenstands und auf Empfangnahme des Erlöses. Es beinhaltet jedoch nicht die materiellrechtliche Befugnis des Gläubigers, den Erlös auch zu behalten. Letztlich ist das Pfändungspfandrecht danach inhaltsgleich mit der Verstrickung¹⁶.

Diese künstliche Aufspaltung zwischen dem Recht zum Erhalten und dem zum Behalten des Erlöses wird nach der öffentlichrechtlichen Theorie erforderlich, um unbillige Ergebnisse zu vermeiden. So relativieren ihre Anhänger die rein öffentlichrechtliche Sichtweise, wenn eine schuldnerfremde Sache versteigert wird: Die Versteigerung und Auskehr des Erlöses an den Gläubiger sei zwar – wegen des zugrundeliegenden Pfändungspfandrechts – rechtmäßig. Der Gläubiger müsse den Erlös jedoch nach § 812 Abs. 1 S. 1 Var. 2 BGB wieder herausgeben, da es keine Rechtfertigung für die Vermögensverschiebung gebe¹⁷. Letztlich wird also doch wieder auf die materielle Rechtslage zurückgegriffen, obwohl das Verwertungsrecht sich allein nach öffentlichrechtlichen Maßstäben beurteilen soll.

3. Gemischt öffentlichrechtlich-privatrechtliche Theorie

Die Vertreter der gemischten Theorie¹⁸ meinen, dass die Pfändung öffentlichrechtlichen Charakter hat und damit in seiner Entstehung öffentlichrechtlich beeinflusst ist. Inhaltlich ordnen sie es jedoch auch als eine dritte Art

des privatrechtlichen Pfandrechts ein. Denn wegen des Wortlauts des § 804 Abs. 2 ZPO, der die Wirkungen eines vertraglichen Pfandrechts anordnet, ließen sich privatrechtliche Rechtsfolgen nicht verneinen. Diese Sichtweise stützt sich ferner auf die Motive zur CPO, nach denen eine Gleichstellung von (vertraglich) verpfändeten Sachen mit (zwangsweise) gepfändeten Sachen bezweckt war¹⁹. Nach der gemischten Theorie ist die Verstrickung vom Pfändungspfandrecht zu unterscheiden. Erstere bildet die Grundlage für die Verwertung des Pfandes als öffentlichrechtlicher Akt, während Letzteres die materiellrechtliche Zuordnung des Erlöses an den Gläubiger beinhaltet²⁰.

Letztlich wird allein diese Theorie der besonderen Stellung der privatrechtlichen Beziehung zwischen Gläubiger und Schuldner im öffentlichrechtlich geprägten Vollstreckungsverfahren gerecht. Grund für das Betreiben der Zwangsvollstreckung ist gerade die Haftung des Schuldners mit seinem Vermögen, die bei der Verwertung des Pfandguts nicht außer Acht bleiben darf. Somit ist es gerechtfertigt, das Pfändungspfandrecht des Gläubigers an öffentlichrechtliche wie privatrechtliche Voraussetzungen zu knüpfen. Damit kann bereits durch das Pfändungspfandrecht der zu erzielende Erlös dem Gläubiger zugeordnet werden. So werden – anders als bei Anwendung der rein öffentlichrechtlichen Theorie – unbillige Ergebnisse von vornherein und ohne Umwege vermieden.

4. Bedeutung des Theorienstreits

Weil die privatrechtliche Theorie aufgrund der hoheitlichen Stellung des Gerichtsvollziehers ihre Bedeutung verloren hat, geht es nur noch um eine Entscheidung zwischen der rein öffentlichrechtlichen und gemischten Theorie. In der Frage, ob der Gläubiger den Erlös aus der Versteigerung schuldnerfremder Sachen behalten darf, kommen beide Theorien zum gleichen Ergebnis. Die öffentlichrechtliche erfordert dazu allerdings den Umweg über das Recht zum Erhalten und das vom Pfändungspfandrecht unabhängige materielle Recht zum Behalten des Erlöses. Gleiches gilt, wenn die zu vollstreckende Forderung nicht besteht²¹. Der wesentliche Unterschied der beiden Theorien liegt in den Entstehungsvoraussetzungen des Pfändungspfandrechts. Sollte es daher (allein) darauf ankommen, ob und insbesondere zu welchem Zeitpunkt

22. Aufl. 2002, § 804 ZPO Rdn. 8, 10; Zöller/Stöber, ZPO, 30. Aufl. 2014, § 804 ZPO Rdn. 2.

16 Vgl. Brox/Walker, Rdn. 392.

17 RGZ 156, 395, 399 f.; Stein/Jonas/Münzberg, § 804 ZPO Rdn. 26 ff.

18 BGH NJW 1971, 1938, 1941; 1992, 2570, 2573; MünchKomm-ZPO/Gruber, § 804 ZPO Rdn. 11 ff.; Musielak/Becker, § 804 ZPO Rdn. 4; Thomas/Putzo/Seiler, ZPO, 34. Aufl. 2013, § 804 ZPO Rdn. 2; Baur/Stürner/Bruns, Rdn. 27.10; Brox/Walker, Rdn. 393; Gaul/Schilken/Becker-Eberhard, § 50 Rdn. 56 ff.; Lackmann, Rdn. 177.

19 Vgl. Hahn, Die gesamten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen, Band 2, Abt. 1, S. 825, 827.

20 MünchKomm-ZPO/Gruber, § 804 ZPO Rdn. 7, 11; Brox/Walker, Rdn. 382, 393.

21 Vgl. OLG Oldenburg OLGZ 1992, 488, 489.

das Pfändungspfandrecht entstanden ist (vgl. § 804 Abs. 3 ZPO)²², kann mit den oben genannten Argumenten der wohl vorherrschenden gemischten Theorie gefolgt werden. Die nachstehenden Ausführungen orientieren sich daher allein an den Anforderungen, die nach der gemischten Theorie an das Pfändungspfandrecht gestellt werden.

III. Voraussetzungen des Pfändungspfandrechts nach der gemischten Theorie

Wie bereits ausgeführt, wird die Entstehung des Pfändungspfandrechts nach der gemischten Theorie sowohl an öffentlichrechtliche als auch an privatrechtliche Erfordernisse geknüpft. Danach müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

1. Wirksame Pfändung unter Einhaltung der wesentlichen Verfahrensvoraussetzungen

Beispiel 2: Gläubiger G1 lässt Anfang März 2013 das einzige Fernsehgerät des Schuldners S im Wert von € 2.000,- pfänden. Im Auftrag des Gläubigers G2 pfändet der Gerichtsvollzieher das Gerät Anfang April erneut. G2 hat zuvor einen Beschluss nach § 811a ZPO erwirkt, wonach eine Austauschpfändung zulässig ist. Er lässt dem S vor der Pfändung als Austauschgerät ein kleines Fernsehgerät (Wert: € 400,-) liefern.

Zunächst ist eine wirksame Pfändung erforderlich, aufgrund derer sich sodann die Verstrickung der Sache ergibt²³. Die Verstrickung stellt die erste Voraussetzung des Pfändungspfandrechts dar. Als Akt der öffentlichen Gewalt muss die Pfändung nicht zwangsläufig rechtmäßig sein; es genügt, wenn sie nicht nichtig ist²⁴. Weitere Voraussetzung ist, dass die wesentlichen Verfahrensvorschriften eingehalten wurden²⁵. Das sind solche Regelungen, die das Vermögen des Schuldners oder Gewahrsamsinhabers schützen sollen²⁶. Wurden hingegen bloße Ordnungsvorschriften verletzt, ist das unschädlich. Wel-

che Normen des Zwangsvollstreckungsrechts als wesentlich und welche nur als bloße Ordnungsvorschriften einzuordnen sind, wird allerdings nicht einheitlich beurteilt.

Einigkeit besteht jedoch darin, dass die Pfändung in folgenden Fällen nichtig ist: Die Pfändung erfolgt durch ein funktionell unzuständiges Organ²⁷ oder ohne einen Zwangsvollstreckungstitel oder der Gerichtsvollzieher belässt die gepfändete Sache entgegen § 808 Abs. 1 ZPO im Besitz des Schuldners, ohne die Pfändung kenntlich zu machen²⁸. Trotz wirksamer Pfändung kann das Pfändungspfandrecht nicht zur Entstehung gelangen, wenn etwa der Titel nicht zugestellt wurde (§ 750 ZPO), entgegen § 809 ZPO bei einem nicht herausgabebereiten Dritten oder eine unpfändbare Sache (§ 811 ZPO) gepfändet wurde²⁹. Fehler bei der Pfändung können geheilt werden; das Pfändungspfandrecht entsteht dann allerdings erst mit Wirkung ab Behebung des Fehlers. Eine Rückwirkung findet grundsätzlich nicht statt³⁰.

Im Beispiel 2 verstieß die erste Pfändung durch G1 gegen § 811 Abs. 1 Nr. 1 ZPO, weil das einzige Fernsehgerät als Gegenstand des persönlichen Gebrauchs unpfändbar ist³¹. § 811 ZPO stellt eine wesentliche Verfahrensvorschrift dar, sodass G1 kein Pfändungspfandrecht am TV-Gerät erlangt hat. Weil G2 bei zugelassener Austauschpfändung ein Ersatzgerät lieferte und sodann gem. §§ 826, 809 Var. 2, 808 Abs. 2 S. 2 ZPO den Fernseher erneut pfänden ließ, war seine Pfändung rechtmäßig. G2 hat ein Pfändungspfandrecht erworben.

2. Gepfändeter Gegenstand im Schuldner Eigentum

Beispiel 3: Gläubiger G lässt im Hause des Schuldners S ein Gemälde pfänden, das nicht dem S, sondern dessen Tante T gehört. Kurz vor dem Versteigerungstermin stirbt T. Sie wird von S beerbt.

Beispiel 4: Gläubiger G ist zu Ohren gekommen, sein Schuldner S habe einen nicht unbeträchtlichen Betrag auf einem Konto bei der B-Bank angespart. Das Vollstreckungsgericht erlässt einen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss (PfÜB), in dem die angebl. Forderung gegen B gepfändet und dem G zur Einzie-

²² Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang oftmals eine Heilung einzelner Verfahrensfehler oder materiellrechtlicher Defizite.

²³ MünchKomm-ZPO/Gruber, § 804 ZPO Rdn. 15; Thomas/Putzo/Seiler, § 804 ZPO Rdn. 5.

²⁴ Ähnlich verhält es sich bei Verwaltungsakten gem. § 35 VwVfG als öffentlichrechtliche Maßnahme einer Behörde. Aus § 44 VwVfG ergibt sich, dass auch ein rechtswidriger Verwaltungsakt grundsätzlich wirksam ist. Nur schwerwiegende Fehler führen zur Nichtigkeit.

²⁵ MünchKomm-ZPO/Gruber, § 804 ZPO Rdn. 15.

²⁶ MünchKomm-ZPO/Gruber, § 804 ZPO Rdn. 15.

²⁷ Z.B. Pfändung einer Forderung durch den Gerichtsvollzieher statt durch das Vollstreckungsgericht gem. § 828 Abs. 1 ZPO.

²⁸ Siehe zur (Un-)Wirksamkeit der Pfändung die ausführliche Darstellung bei Brox/Walker, Rdn. 363f.

²⁹ Musielak/Becker, § 804 ZPO Rdn. 5a; Thomas/Putzo/Seiler, § 804 ZPO Rdn. 5.

³⁰ Thomas/Putzo/Seiler, § 804 ZPO Rdn. 7.

³¹ Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, § 811 ZPO Rdn. 18 m.w.N.

hung überwiesen wird. Hinterher stellt sich heraus, dass S seine Kontoforderung bereits vor Jahren seinem Enkel E als Geschenk zum 18. Geburtstag abgetreten hatte.

Das Pfändungspfandrecht stellt mit der gemischten Theorie, wie bereits erörtert, eine dritte Art eines privatrechtlichen Pfandrechts dar. Aus §§ 1205, 1207 BGB ergibt sich, dass es nicht an schuldnerfremden Sachen bestellt werden kann. Wird die Sache eines Dritten gepfändet, kann dieser die Pfändung allerdings genehmigen und das Pfändungspfandrecht damit rückwirkend (§ 184 Abs. 1 BGB) zur Entstehung gelangen lassen³². Erwirbt der Schuldner im Nachhinein Eigentum an dem gepfändeten Gegenstand, tritt Heilung ein – allerdings gem. § 185 Abs. 2 S. 1 Var. 2 BGB nur mit Wirkung zum Erwerbszeitpunkt³³.

Im Beispiel 3 ist zunächst kein Pfändungspfandrecht des G am Gemälde entstanden. Nachdem S seine Tante T beerbt hat und gem. § 1922 BGB Eigentümer des Gemäldes wurde, ist gem. § 185 Abs. 2 S. 1 Var. 2 BGB Heilung eingetreten und ex nunc ein Pfändungspfandrecht des G entstanden³⁴.

Anders als bei der rechtsgeschäftlichen Verpfändung, bei der ein gutgläubiger Erwerb über § 1207 i. V. m. §§ 932, 934, 935 BGB möglich ist, kann der Gläubiger das Pfändungspfandrecht im Wege der Zwangsvollstreckung nicht gutgläubig erlangen³⁵. Es fehlt an einer rechtsgeschäftlichen Verfügung i. S. d. § 1207 BGB. Zudem ist dem Vollstreckungsrecht ein gutgläubiger Erwerb grundsätzlich fremd; eine Ausnahme lässt nur § 898 ZPO für die Vollstreckung von Willenserklärungen und Übergabehandlungen zu. Bei der Forderungspfändung muss die gepfändete Forderung des Schuldners gegen den Drittschuldner bestehen. Existiert die Forderung nicht oder wurde sie bereits an einen Dritten abgetreten, geht die Pfändung ins Leere. Somit wird die Forderung schon nicht verstrickt und es entsteht kein Pfändungspfandrecht³⁶.

Im Beispiel 4 war S gem. § 398 S. 2 BGB nicht mehr Inhaber der gepfändeten Forderung. Die Pfändung ging ins Leere, sodass dem G kein Pfändungspfandrecht an der Kontoforderung zusteht.

3. Materiellrechtlicher Anspruch in Form eines vollstreckbaren Titels

Da das Pfändungspfandrecht nach der gemischten Theorie ein privatrechtliches Pfandrecht ist und derartige Pfandrechte gem. § 1204 BGB akzessorisch sind, also eine zu sichernde Forderung voraussetzen, müsste grundsätzlich ein materiellrechtlicher Anspruch des Gläubigers gegen den Schuldner bestehen. Stellte man allein auf die materielle Rechtslage ab, würde das dazu führen, dass der Gläubiger, wenn die titulierte Forderung tatsächlich nicht besteht, mangels Pfändungspfandrechts den Erlös nicht behalten dürfte, auch wenn die gesamte Vollstreckung rechtmäßig vonstattenging. Das ist dem formalisierten Zwangsvollstreckungsverfahren jedoch fremd, wie sich z. B. aus §§ 767, 775 ZPO ergibt. Daher sind gewisse Einwirkungen des Vollstreckungsrechts zu beachten. Es genügt anstelle des tatsächlichen Anspruchs das Bestehen eines rechtskräftigen³⁷ Titels über die Forderung³⁸. Wenn ein Titel existiert, darf auf seine Richtigkeit und somit auf die materiellrechtliche Berechtigung des Gläubigers vertraut werden.

IV. Wirkungen des Pfändungspfandrechts nach der gemischten Theorie

Wie bereits erörtert, wirkt das Pfändungspfandrecht gem. § 804 Abs. 2 ZPO dem Gläubiger gegenüber im Verhältnis zu anderen Gläubigern wie ein Faustpfandrecht nach dem BGB. Mit der gemischt öffentlich-rechtlich-privatrechtlichen Theorie finden die Vorschriften zum Pfandrecht des BGB Anwendung. Für die Sachpfändung sind somit die Regelungen der §§ 1204–1259 BGB maßgeblich, für die Forderungspfändung die Vorschriften der §§ 1273–1296 BGB zum Pfandrecht an Rechten. Von besonderer Bedeutung ist dabei § 1227 BGB, wonach für den Pfandgläubiger zum Schutze seines Pfands die Eigentumsschutzvorschriften entsprechend anwendbar sind. Somit kann der Gläubiger bei Beeinträchtigung seines Pfandrechts Ansprüche aus §§ 823 Abs. 1, 1004 oder 985 BGB geltend machen³⁹. Als lediglich mittelbarer Besitzer darf der Gläubiger jedoch

32 MünchKomm-ZPO/Gruber, § 804 ZPO Rdn. 22.

33 MünchKomm-ZPO/Gruber, § 804 ZPO Rdn. 22; MünchKomm-BGB/Bayreuther, 6. Aufl. 2012, § 185 BGB Rdn. 50.

34 Vgl. Gaul/Schilken/Becker-Eberhard, § 50 Rdn. 74.

35 Musielak/Becker, § 804 ZPO Rdn. 7; Thomas/Putzo/Seiler, § 804 ZPO Rdn. 5; Brox/Walker, Rdn. 383.

36 MünchKomm-ZPO/Smid, § 829 ZPO Rdn. 42; Baur/Stürner/Bruns, Rdn. 30.16; Gaul/Schilken/Becker-Eberhard, § 55 Rdn. 10, 12.

37 Zur Problematik der Vollstreckung eines objektiv falschen, vorläufig vollstreckbaren Titels siehe Gaul/Schilken/Becker-Eberhard, § 50 Rdn. 67.

38 MünchKomm-ZPO/Gruber, § 804 ZPO Rdn. 17.

39 MünchKomm-ZPO/Gruber, § 804 ZPO Rdn. 29; Musielak/Becker, § 804 ZPO Rdn. 13.

gem. § 985 BGB nur Herausgabe an den Gerichtsvollzieher oder dessen Beauftragte verlangen⁴⁰. Das Pfändungspfandrecht beschränkt sich nicht auf die gepfändete Sache an sich, sondern erstreckt sich auch auf von ihr später getrennte Erzeugnisse (§ 1212 BGB) und setzt sich nach der Verwertung am Erlös fort (§ 1247 S. 2 BGB). Überträgt der Gläubiger die Forderung auf einen Dritten, geht das Pfändungspfandrecht gem. § 1250 BGB mit über⁴¹.

Der Vollstreckungsgläubiger, der eine Forderung des Schuldners gepfändet hat, hat im Wesentlichen die gleiche Stellung wie ein Pfandgläubiger vor Fälligkeit der gesicherten (nicht der gepfändeten!) Forderung (§ 1282 Abs. 1 S. 1 i. V. m. § 1228 Abs. 2 BGB)⁴². Er ist befugt, sämtliche Rechtshandlungen vorzunehmen, die die Einziehung der Forderung vorbereiten und sichern⁴³. Zur Einziehung selbst ist er nicht berechtigt, da allein mit der Pfändung (= Verstrickung) der Forderung noch keine Einziehungsbefugnis einhergeht. Für die Verwertungsbefugnis des Gläubigers ist anders als bei der Pfändung beweglicher Sachen zudem erforderlich, dass ihm die Forderung zur Einziehung überwiesen wird (vgl. § 835 ZPO)⁴⁴.

Zudem hat das Pfändungspfandrecht rangwahrende Wirkung. Gem. § 808 Abs. 3 ZPO beurteilt sich der Rang einzelner Gläubiger untereinander nach dem Zeitpunkt der Pfandrechtsentstehung. Der Gläubiger, dessen Pfandrecht an dem mehrfach gepfändeten Gegenstand zuerst wirksam zur Entstehung gelangte, ist vorrangig aus dem

Erlös zu befriedigen (Prioritätsprinzip)⁴⁵. In der Insolvenz des Schuldners gewährt ein bereits bestehendes Pfändungspfandrecht dem Gläubiger ein Absonderungsrecht (§ 50 Abs. 1 InsO)⁴⁶.

Schließlich stellt das Pfändungspfandrecht nach der gemischt öffentlichrechtlich-privatrechtlichen Theorie den Rechtsgrund i. S. d. § 812 BGB für das Behaltendürfen des Erlöses durch den Gläubiger dar.

V. Erlöschen des Pfändungspfandrechts

Nach der gemischt öffentlichrechtlich-privatrechtlichen Theorie kommen für das Erlöschen des akzessorischen Pfändungspfandrechts mehrere Tatbestände in Frage. Aus materiellen Gesichtspunkten geht es unter, wenn der Gläubiger darauf verzichtet (§ 1255 BGB)⁴⁷, wenn die titulierte Forderung erlischt (§ 1252 BGB)⁴⁸ oder – allerdings nur bei der Sachpfändung – wenn ein gutgläubiger Dritter die Sache lastenfrei erwirbt (§ 135 Abs. 2, 932, 936 BGB)⁴⁹. Endet die Verstrickung der Pfandsache, fällt eine Voraussetzung des Pfändungspfandrechts weg, sodass es erlischt. Schließlich ordnet § 88 InsO an, dass das Pfändungspfandrecht erlischt, wenn innerhalb eines Monats nach der Pfändung das Insolvenzverfahren eröffnet wird⁵⁰.

⁴⁰ MünchKomm-ZPO/Gruber, § 804 ZPO Rdn. 29; Musielak/Becker, § 804 ZPO Rdn. 13.

⁴¹ Baur/Stürner/Bruns, Rdn. 27.14; Gaul/Schilken/Becker-Eberhard, § 50 Rdn. 76.

⁴² MünchKomm-ZPO/Smid, § 829 ZPO Rdn. 46; Brox/Walker, Rdn. 617.

⁴³ Gaul/Schilken/Becker-Eberhard, § 55 Rdn. 13.

⁴⁴ Lackmann, Rdn. 303.

⁴⁵ Musielak/Becker, § 804 ZPO Rdn. 15.

⁴⁶ MünchKomm-ZPO/Gruber, § 804 ZPO Rdn. 30; Musielak/Becker, § 804 ZPO Rdn. 18.

⁴⁷ Brox/Walker, Rdn. 385.

⁴⁸ Thomas/Putzo/Seiler, § 804 ZPO Rdn. 8.

⁴⁹ Gaul/Schilken/Becker-Eberhard, § 50 Rdn. 79.

⁵⁰ Brox/Walker, Rdn. 385; Lackmann, Rdn. 173.